

# SCHULE *transparent*

MAGAZIN DES CLV UND DER FCG FÜR DIE SCHULEN VORARLBERGS / AUSGABE 15 / FEBRUAR 2026

## IKM-Plus: Erfahrungen aus der Wirklichkeit



## Projekt "Smarte Pause" an der HLW Marienberg



**11**

**Social Media  
Verbot bis 16  
Jahre?**

**12**

**Klares Bekennt-  
nis zur Sonder-  
schule**

**13**

**Mathe in der  
Bildungspolitik**



# Liebe Leserin! Lieber Leser!

Das laufende Schuljahr ist schon über der „Halbzeit“, der schulische Alltag hält uns auf Trab, wir kämpfen mit allerlei Belastungen und Herausforderungen, die zum Teil gut erklärbar sind, zum Teil aber unnötig – eine überbordende Bürokratie, vor allem eine Dokumentationswut, deren Sinn oft nicht erkennbar ist. Hier wird es verstärkt unsere Aufgabe als Lehrervertreter sein gegenzusteuern.

Gerade deshalb ist es wichtig, auch über den Tellerrand des schulischen Alltags zu blicken und uns mit Grundsätzlichem zu beschäftigen. So macht sich unser „Gastautor“ aus dem oberösterreichischen CLV, Wolfgang Schwarz, Gedanken über die „Wirklichkeit des IKMPlus“ – er sieht das durchaus kritisch. Josef Heinzle berichtet vom Projekt der „handyfreien Schule in Marienberg“, ÖAAB-Landesobfrau Veronika Marte erwägt, ob wir uns nicht für ein „Social-Media-Verbot“ für Jugendliche bis 16 entschließen sollten. ÖAAB-Lehrerobfrau Barbara Röser stellt klar, warum wir in Vorarlberg klar zur Sonderschule stehen: Inklusion ist wohl ein Ziel, das aber nicht flächendeckend umsetzbar ist. Letztendlich stellt sich András Batkai, er lehrt an der PH Vorarlberg Mathematik, die Frage, was denn im Mathematikunterricht bildungspolitisch falsch läuft, CLV-Obfrau Petra Voit gibt uns aus ihrer Praxis als Lehrervertreterin wertvolle rechtliche Tipps, dieses Mal zum Thema „Frühwarnsystem“ und Barbara Röser und Stephan Obwegeser erklären, warum die Kürzungspläne von Minister Wiederkehr bei Latein und den Naturwissenschaften das Gymnasium schwächen und die fachliche Tiefe gefährden.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf Euer Feedback!



**Petra Voit**

Obfrau des CLV Vorarlberg  
Vorsitzende der Vorarlberger  
LehrerInnen - deinePV  
petra.voit83@gmail.com  
T 0650/6595043



**Michaela Germann**

Vorsitzende der ÖPU Vorarlberg,  
Vorsitzende-Stellvertreterin des  
AHS-FA  
michaela.germann@oepu.at  
T 0664/8988833



**Josef Heinzle**

Vorsitzender der BMHS-  
Gewerkschaft in Vorarlberg,  
FCG,  
josef.heinzle@gmail.com  
T 0664/1040099

## Inhalt:

- 3 / Editorial
- 4 / Wirklichkeit des IKMPlus/Walter Schwarz
- 9 / Projekt handyfreie Schule an der HLW Marienberg/Josef Heinzle
- 11 / Social-Media-Verbot bis 16 Jahre?/Veronika Marte
- 12 / Klares Bekenntnis zur Sonderschule/Barbara Röser
- 13 / Mathematikunterricht aus bildungspolitischer Sicht/Andras Batkai
- 15 / Rechtliche Tipps für Lehrerinnen und Lehrer: Frühwarnsystem und Aufsichtspflicht/Petra Voit
- 18 / Wiederkehr-Reformen gefährden Gymnasium und fachliche Tiefe/Barbara Röser + Stephan Obwegeser

## Impressum 15. Ausgabe:

Medieninhaber, Herausgeber: CLV-Vorarlberg.  
Für den Inhalt verantwortlich: Petra Voit, Obfrau  
Photos: Gettyimage, FCG, ÖPU, ÖAAB, CLV  
Gestaltung: Christoph Moll  
Druck: typo media GmbH, Hard



göd.fcg



Vorarlberger  
LehrerInnen



*OStR Prof. Mag. Wolfgang Schwarz, Jg. 1948, Pflichtschullehrer in Linz, nebenberufl. Studium (Soziologie/Zeitgeschichte) an der JKU Linz, langjähriger Stv. Landesobmann des CLV OÖ und über 25 Jahre Redaktionsleiter der CLV Zeitung „DAS SCHULBLATT“; in der Aktivzeit Institutsleiter an der Päd. Hochschule OÖ“ (Institut für Fort- u. Weiterbildung für APS), Landeskorrespondent der Zeitschrift „Erziehung & Unterricht“, Mitarbeiter bei den Grundlagen für Bildungsstandards, Mitglied der Lehrplankommission beim bm:bwk, Vorsitzender der Personalvertretung an der PH, Stv. Vors. des Zentrallausschusses für PH's, Mitglied der GÖD-ARGE Lehrer (BV 13).*

## **IKMplus – Erfahrungen aus der Wirklichkeit**

Das hochprofessionelle Instrumentarium, das im Anschluss an das Konstrukt der BIST (Bildungsstandards) im Auftrag des Bildungsministeriums den Schulen jährlich zur verpflichtenden Verfügung gestellt wird, ist mittlerweile zum Inbegriff einer evidenzbasierten Form der Schulentwicklung in Österreich geworden. Eine reiche Zahl an im Netz abrufbaren Publikationen sowie Filme auf Youtube und Fortbildungsveranstaltungen zur Thematik zeugen von servicebegleitetem Interesse der Schulbehörde, das Instrument IKMplus im positiven Bewusstsein der Lehrerschaft zu implementieren. Die nunmehrige Beendigung des ersten 3jährigen Durchführungszyklus an VS sollte jedoch auch Anlass sein, kritische Akzente der Schulwirklichkeit in die Beurteilung von IKMplus einfließen zu lassen.

In Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern, aber auch in wissenschaftlichen Studien, zeigen sich Defizite, die konkret dargelegt, Anlass zum Überdenken und zum Adaptieren des Instrumentariums sein können. Im Folgenden hat eine Runde oö. Pflichtschullehrer/innen\*) Rückmeldungen aus der Lehrerschaft zum Thema IKMplus eingeholt. Nachfolgend eine Zusammenfassung.

Die Rückmeldungen zeigen – bei aller Differenziertheit – ein Gesamtbild, das sich in vier Hauptdimensionen darstellen lässt:

### **•Test – Fehlendes Engagement seitens der Schüler/innen**

Übereinstimmend wird berichtet, dass die fehlende Folgewirkung in Bezug auf die Leistungsbeurteilung sich negativ auf das Engagement der Rezipienten auswirkt. Ein MS Lehrer berichtet: „Viele Schüler klicken sich lustlos durch, brechen frühzeitig ab oder sehen den Test als überflüssig. Das Ergebnis: verzerrte Daten, mit denen man eigentlich nicht arbeiten kann...Gleichzeitig wird aber erwartet, dass wir auf Basis dieser Daten den Unterricht anpassen“

Auch wird darauf verwiesen, dass der Umstand der fehlenden Folgewirkung des Tests auf die Leistungsbeurteilung auch von den Eltern registriert wird, was wiederum deren Motivation bei der Rückmeldung der Ergebnisse im Rahmen von Elterngesprächen nicht unwesentlich beeinträchtigt.

### **•Aufgabenstellungen – überladene Formate**

Von allen Befragten wird darauf hingewiesen, dass Texte und Aufgabenstellungen, insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund teilweise unverständlich sind: „Die Textstandardisierung ignoriert sprachliche und kulturelle Vielfalt...viele Aufgaben sind sprachlich überladen und realitätsfern.“ Auch werden Probleme mit aus den Schulbüchern wenig bekannten Antwortformaten geschildert: „Kinder hatten Schwierigkeiten, die geforderten Textstellen zu finden... haben deshalb mehrere Textstellen unterstrichen, bei denen sie glaubten, dass sie richtig sein könnten.“

Auch dass legasthene Kinder sowie Kinder mit Dyskalkulie nicht von der Testung ausgenommen sind, wird bemängelt. In Bezug auf offene Antwortmöglichkeiten wird kritisch vermerkt, dass Lösungen oft „unlogisch“ seien, „Kinder antworten anders.“

Bei der Erstellung der Module sollte daher auf einen „altersadäquaten Wortschatz“ achtgegeben werden.

## • Zeitlicher Mehraufwand durch IKMplus

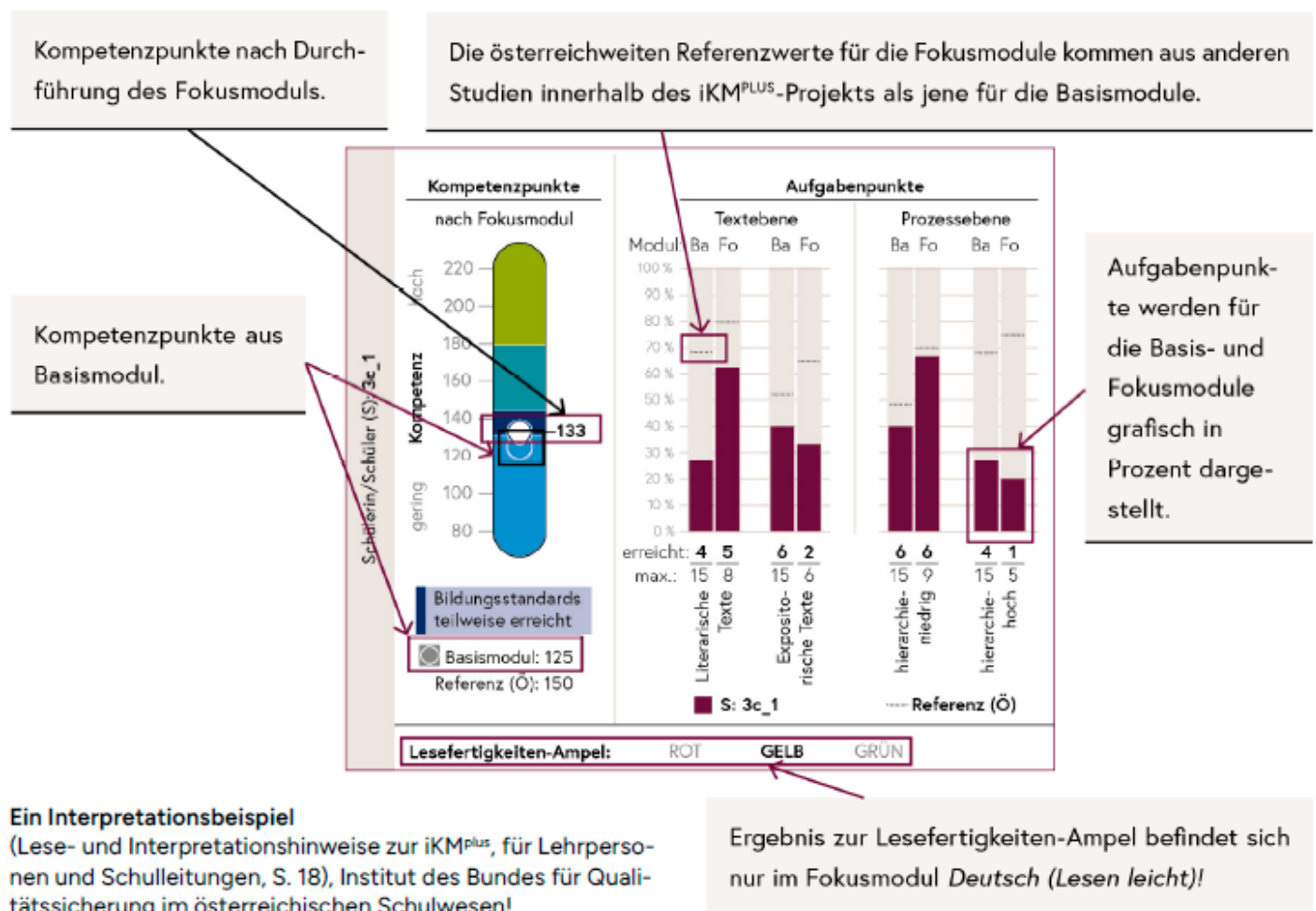
Ohne Unterschied der Schultypen (VS/MS) wird auf den z.T. immensen (MS) Mehraufwand verwiesen. Hier werden besonders die Fokusmodule angesprochen. „Die Durchführung, Auswertung sowie das verpflichtende Elterngespräch stellen eine zusätzliche, große zeitliche Belastung dar“.

### 4. Klassen VS:

Besonders erschwerend wird die Durchführung des Instruments von Lehrerinnen der 4. Klassen wahrgenommen. Eine Schulleiterin schildert: „Besonders die Klassenvorständinnen der vierten Klassen sind ohnehin bereits stark gefordert: mit der Vorbereitung und Korrektur von Schularbeiten in Deutsch und Mathematik, der Organisation der Radfahrprüfung, der Planung und Durchführung der Projektstage, der Schullaufbahnberatung, der Mitarbeit am Kinderschutzkonzept sowie an der Schulentwicklung. Sie sind schlichtweg bis über beide Ohren mit Arbeit eingedeckt. Außerdem empfinden die Kolleginnen die Testung der Kinder der vierten Klasse im Mai – nur etwa sechs Wochen vor Übertritt in die weiterführende Schule – als wenig sinnvoll.“

Häufig wird von der befragten Kollegenschaft auch auf die strukturellen und erschwerend empfundenen Rahmenbedingungen hingewiesen, im Rahmen derer das Testinstrument zur Anwendung zu bringen ist.

Genannt werden hier insbesondere Lehrermangel, Brennpunktsituation, Fluktuation durch Weg- und Zuzug, Zunahme bürokratischer Erfordernisse etc.



Ein Interpretationsbeispiel (Lese- und Interpretationshinweise zur iKMplus, für Lehrpersonen und Schulleitungen, S. 18), Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen

## **Seitenintensive „Gebrauchsanweisungen“**

Wer sich in die Tiefen der Ergebnisdarstellungen, -interpretationen und -reflexionen von IKMplus begeben will, findet über das Internet eine Vielzahl an Unterlagen zur sachgemäßen Verwendung des Instruments seitens des entsprechenden Bundesinstituts im Auftrag des Bildungsministeriums - anbei eine Auswahl aus dem VS Bereich.

**Handbuch iKM-PLUS-Basismodule: 3. und 4. Schulstufe, Frühjahr 2025 (pdf, 1,75 MB)—29 Seiten**

**Durchführungsanleitung für Lehrpersonen: Fokusmodule, 3. und 4. Schulstufe, 2024/25 (pdf, 2,98 MB)—31 Seiten**

**iKM PLUS: Lese- und Interpretationshinweise für Lehrpersonen und Schulleitungen (pdf, 3,54 MB)— 49 Seiten**

**Durchführungsanleitung für Lehrpersonen: Bonusmodule, 3. Schulstufe, 2024/25 (pdf, 1,35 MB)— 17 Seiten**

**iKM PLUS – Module auf der Primarstufe im Schuljahr 2025/26 (pdf, 119,9 KB) -- 1 Seite**

**Gesprächsleitfaden iKM PLUS Primarstufe (pdf, 2,85 MB)— 23 Seiten**

**iKM-PLUS-Ergebnisse interpretieren und reflektieren: Handreichung für Lehrpersonen (Primarstufe) (pdf, 3,17 MB)— 18 Seiten**

**Checkliste für Lehrpersonen: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der iKM PLUS in der Primarstufe (pdf, 1,06 MB) – 2 Seiten**

**Die iKM PLUS – Informationen für Eltern und Erziehungsberechtigte (pdf, 161,24 KB)— 3 Seiten**

## **• Didaktische Wirksamkeit von IKMplus**

Das zeitliche Moment der Überlastung (s.o.) korreliert offensichtlich mit der Einschätzung der Wirksamkeit: „In der Praxis fehlt schlichtweg die Zeit, um die gewonnenen Daten sinnvoll in den Unterricht zu integrieren.“

Auch wird von befragten Kolleginnen und Kollegen die Frage nach dem „Neuigkeitseffekt“ der Testergebnisse kritisch beschrieben: „Was bringt ein Test, wenn er uns nichts gibt, was wir nicht schon wissen? Wir Lehrer/innen kennen die Leistungsstände unserer Klassen sehr genau“.

Aber auch kritische Selbstsicht ist erkennbar und verweist auf die Verpflichtung der Lehrkräfte, sich mit dem Instrumentarium näher zu befassen: „Einige Lehrerinnen und Lehrer beschäftigen sich im Vorfeld zu wenig mit IKMplus, nehmen an keinen Schulungen teil und stellen sich keine Fragen vor der Ergebnisinterpretation.“

## **Was sagt die Wissenschaft zur Wirksamkeit von IKMplus ?**

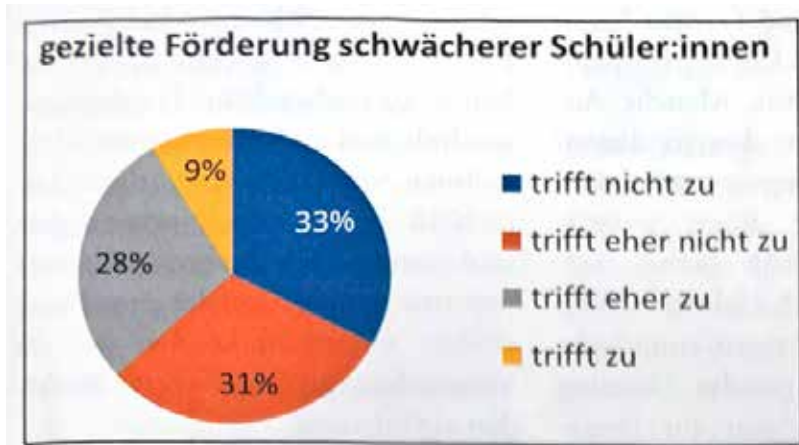
Im Frühjahr vergangenen Jahres haben an einer Studie der PH des Bundes (Zentrum für Kompetenzmessung und Kompetenzentwicklung) 140 Schulleitungen und über 300 Lehrer/innen teilgenommen und ihre Ansicht u.a. über die Wirksamkeit von IKMplus zum Ausdruck gebracht (B. Janny: Leistungen beurteilen, Kompetenzen entwickeln; in: SchVw aktuell, Österreich 2/25, S. 58ff.)

Drei Ergebnisse scheinen die Ansichten des o.a. CLV Arbeitskreises deutlich zu untermauern:

### Beispiel 1

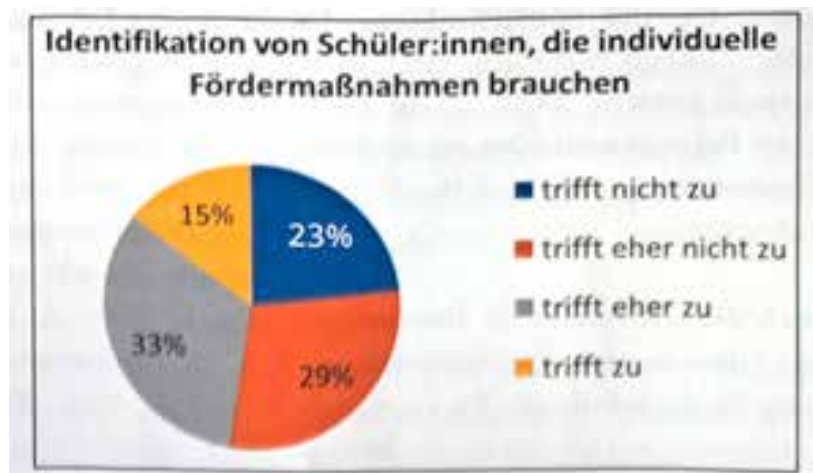
Lt. BMBWK dient IKMplus der „Förderung der Schülerinnen und Schüler in ihrem weiteren Lernprozess“.

In Bezug auf die Förderung jener Schüler/innen, die dieser am ehesten bedürfen, sehen 2/3 der Befragten allerdings in der Verwendung der Testergebnisse keine nachhaltige Hilfe, das zeigt aber auch, dass eine wesentliche Zielsetzung des Projekts damit deutlich verfehlt wurde, auch wenn in ministeriellen Unterlagen zu IKMplus eine Fülle von Vorschlägen und Konzepten – eben zur Förderung – auffindbar sind. Diese finden im auf die Testung nachfolgenden Unterricht offenbar kaum Verwendung, sei es, dass die Unterrichtenden eher ihrer eigenen Lehrkompetenz vertrauen oder dass (wie oben angedeutet) die allgemeine zeitliche Beanspruchung der Lehrerschaft dies verhindert...



### Beispiel 2

Wie die Studienautoren in ihrer Ergebnisinterpretation (vorsichtig) betonen, „hat die Förderfunktion von IKMplus noch nicht das intendierte Ausmaß erreicht.“ Das enttäuschende Datum widerspiegelt die Ansicht vieler Kolleginn/en, man kenne (auch ohne IKMplus) jene Schüler/innen, denen besonderer Förderbedarf zukommen sollte. Dieser empirische Befund sollte durch weitere Untersuchungen noch näher analysiert werden. Stellt sich doch damit die grundlegende Frage nach der Zielgenauigkeit des Projekts IKMplus, wenn lediglich 15% der Befragten mit Überzeugung verdeutlichen, dass mit den Testergebnissen jener Teil der zu Unterrichtenden identifiziert werden kann, der durch besondere unterrichtliche Maßnahmen im Sinne notwendiger Individualisierung gefördert werden sollte...





### Beispiel 3

Das nach Schulnoten kategorisierte Studienergebnis zeigt – berücksichtigt man den Effekt der „sozialen Wünschbarkeit“ eines „Befriedigend“ – nur bei etwa der Hälfte der Befragten eine positive Bedeutungszuschreibung. Die Studienautoren schlussfolgern, „mit den rückgemeldeten Daten werde nicht immer gezielt weitergearbeitet“ und sehen in diesem Ergebnis einen „deutlichen Handlungsbedarf“. Die Fragestellung nach der „Praxistauglichkeit“ des Instrumentariums IKMplus ist nach den Prinzipien der empirischen Sozialforschung ungemein wertvoll, weil sie im allgemeinen Sprachgebrauch der Befragten einen wesentlichen Fingerzeig repräsentiert. Umso bedenklicher muss das Ergebnis stimmen und umso verständlicher ist die Frage der Studienautoren nach praxisrelevanter Aufbereitung von Leistungsdaten...

### Ein Fazit der Studienautoren der PH/OÖ

„Die Studie bestätigt die Tendenz, dass datenbasierte Unterrichtsentwicklung im Schulsystem noch nicht umfassend verankert ist. Obwohl viele Daten erhoben und rückgemeldet werden, fehlt es häufig an deren konsequenter Nutzung vor Ort.“

Und:

„Es gilt zu klären, wie Leistungsdaten aufbereitet werden können, damit sie...die Bereitschaft der Lehrkräfte erhöhen, die rückgemeldeten Daten kritisch zur Reflexion ihres eigenen Unterrichts zu nutzen.“

Gefordert werden von den Studienautoren als Konsequenz verstärkte Initiativen von Schulleitungen, Einrichtung von Datenteams an den Schulen, Hospitationen und externe Begleitung bei Schulentwicklungsprozessen etc.

### Ein Fazit des CLV Arbeitskreises

- Die Ergebnisse der informellen Rückmeldungen aus der Kollegenschaft und vor allem auch objektive Befunde aus der empirischen Wissenschaft zeichnen ein Bild eines zwar professionellen und äußerst komplexen, jedoch in der Handhabung zeitintensiven Instrumentariums, dessen formale Zielsetzungen in der Schulwirklichkeit nur in ungenügendem Ausmaß realisiert werden.
- Die zunehmende Verfeinerung, ja Hypertrophierung, mit z.T. modularen Pflichtelementen (Fokus-, Bonus-, Zyklusmodule etc.) führt – zusammen mit entsprechenden Lese- und Interpretationshinweisen – zu einer Didaktik, die weithin als unnötig verwissenschaftlicht und testgeneriert wahrgenommen wird.
- Der fehlende Konnex zur Leistungsbeurteilung sowie ein von der Kollegenschaft als wenig zielführend eingeschätzter Testzeitpunkt am Ende der 4. Schulstufen (VS/MS) verdeutlichen die Notwendigkeit motivierender Adaptionen von IKMplus.



*Foto: Social Networkerin Carina Raum (l.) und Qualitätschulkoordinatorin Sonja Schöpf (r.)*

## **Digitale Achtsamkeit: Das Projekt „Smarte Pause“ an der HLW Marienberg**

Das Thema, wie mit dem Handy an Schulen richtig umgegangen werden soll, ist allgegenwärtig. Inzwischen setzen viele Staaten auf restriktive Maßnahmen. Länder wie Frankreich oder Griechenland haben ein generelles Handyverbot an Schulen verordnet. In Österreich bleibt die Umsetzung eher uneinheitlich. Vor diesem Hintergrund bietet das Projekt „Smarte Pause“ an der HLW Marienberg einen praxisnahen Einblick, wie digitale Achtsamkeit im Schulalltag gefördert werden kann. Die Idee entstand aus der Beobachtung, dass ständige Erreichbarkeit und die permanente Präsenz von Smartphones die Aufmerksamkeitsspanne und das soziale Miteinander beeinträchtigen. Studien zufolge sinkt die Aufmerksamkeit bereits dann um rund 20 Prozent, wenn ein ausgeschaltetes Handy sichtbar auf dem Tisch liegt.

### **Umsetzung des Projekts**

Für die Durchführung wurde die Fastenzeit als idealer Zeitrahmen festgelegt. Unter der Leitung von Qualitätskoordinatorin Sonja Schöpf und unter Mithilfe von Social Networkerin Carina Raum wurden folgende Maßnahmen eingeführt:

- Abgabe von Smartphones und Smartwatches zu Beginn der ersten Stunde in einer Sammelbox
- Rückgabe erst in der Mittagspause, um längere handyfreie Phasen zu schaffen
- Verbot der Nutzung in kurzen Pausen, um soziale Interaktion zu fördern
- Einbindung der Lehrpersonen, die ebenfalls auf ihre Geräte verzichten sollten.

Weggesperrt wurden sie allerdings nicht, sondern sie sollten weiterhin als mögliches Arbeitsmittel verfügbar bleiben. Das Projekt verstand sich nicht als Verbot, sondern als bewusstes Experiment. Auch die Lehrpersonen waren gefordert: „Es war den Schülerinnen total wichtig, dass auch die Lehrpersonen mitmachen. Ich habe selbst bemerkt, wie oft ich tagsüber auf mein Handy schaue“, so Schöpf selbstkritisch. Von Elternseite gab es durchwegs positive Rückmeldungen. Die Schülerinnen waren eher skeptisch. Aber die Schülerinnenvertretung war von Anfang an in das Thema eingebunden.

## Ergänzendes Element: Die Social-Media-Sprechstunde

Parallel zur „Smarten Pause“ wurde eine Social-Media-Sprechstunde eingerichtet. Sie bietet Schülerinnen einen geschützten Raum, um über belastende Online-Erfahrungen, rechtliche Fragen oder problematische Inhalte zu sprechen. Dieses Angebot befindet sich noch im Aufbau, zeigt aber das Bestreben der Schule, digitale Herausforderungen ganzheitlich zu adressieren.

## Reaktionen der Beteiligten

Die Resonanz fiel vielschichtig aus:

- Eltern reagierten überwiegend positiv und unterstützten die Idee.
- Schülerinnen zeigten zunächst Skepsis, manche empfanden das Abgeben der Handys als massiven Eingriff. Nach Gesprächen und Beteiligung an der Entscheidungsfindung wuchs jedoch die Bereitschaft, das Experiment mitzutragen.
- Lehrpersonen begrüßten das Projekt fast einstimmig und sahen darin eine Entlastung des Schulalltags.

## Beobachtete Effekte

Gegen Ende des Projekts zeigte sich ein überraschend deutliches Bild:

- Die Pausen wurden ruhiger und sozialer.
- Gespräche nahmen zu, die Hektik des „Sofort-auf-das-Handy-Schauens“ verschwand.
- Viele Schülerinnen berichteten, dass ihnen der Verzicht leichter fiel als erwartet.
- Die allgemeine Stimmung wurde entspannter wahrgenommen.

Grundsätzlich soll das Projekt auch in einer adaptierten Form weitergeführt werden.

## Ergänzende Perspektive des Psychiaters Reinhard Haller

In einem Kommentar zum Handyverbot an Schulen liefert Reinhard Haller einen übergeordneten Rahmen für die Bewertung des Projekts. Er betont:

- Smartphones seien eine der größten Ablenkungsquellen im Schulalltag.
- Sie beeinträchtigten Konzentration, Gedächtnisleistung und Lernerfolg.
- Handyfreie Zeiten seien ein wirksames Mittel gegen die zunehmende Handyabhängigkeit, von der 13–15 % der Jugendlichen betroffen seien.
- Österreichs Entscheidung, Schulen selbst über Regeln entscheiden zu lassen, sei „mutlos“ und vergebe die Chance einer flächendeckenden Präventionsmaßnahme.

Im Licht dieser Argumente erscheint die „Smarte Pause“ als ein Beispiel dafür, wie Schulen eigenständig Verantwortung übernehmen und innovative Wege erproben können.



### **Mag. phil. Josef Heinzle**

geb. 1962 in Feldkirch, Matura 1980 am BG Feldkirch, Studium Lehramt Musik und kath. Religion an der Universität und am Mozarteum Innsbruck, Reifeprüfungskonzert Orchesterdirigieren 1980 am Konservatorium Innsbruck. Lehrtätigkeit, Vorsitzender der Personalvertretung (PV) HLW Marienberg, Obmann der GÖD-BMHS in Vorarlberg seit 2017, Vizeobmann der ÖAAB-Lehrerinnen und Lehrer in Vorarlberg für die BHS seit 2018.

## Klare Regeln für eine digitale Kindheit Vorarlberg geht voran – Social-Media-Verbot bis 16 ist sinnvoll!

Soziale Medien sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie verbinden, informieren und unterhalten. Gleichzeitig aber bergen sie gerade für Kinder und Jugendliche erhebliche Risiken: Cybermobbing, problematische Online-Challenges, der unbedachte Umgang mit persönlichen Daten oder das unkontrollierte Teilen von Kinderfotos sind nur einige davon. Der Vorarlberger Landtag hat daher bewusst ein starkes Signal gesetzt: Für klare Regeln, für mehr Schutz – und für mehr Verantwortung im digitalen Raum. Dass sich im Sozialpolitischen Ausschuss eine breite Mehrheit von ÖVP, FPÖ, NEOS und SPÖ auf eine gemeinsame Ausschussvorlage verständigt hat, zeigt, wie groß das gemeinsame Bewusstsein für dieses Thema ist. Es geht nicht um Parteipolitik, sondern um die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche in einer immer komplexeren digitalen Welt bestmöglich begleiten und schützen können.

### Aufklärung, Unterstützung und klare Leitlinien

Ein zentraler Punkt der beschlossenen Maßnahmen ist der Ausbau bestehender Informations- und Beratungsangebote. Eltern, Kinder und Jugendliche brauchen niederschwellige Unterstützung, um Risiken im Netz besser einschätzen zu können. Dazu zählt etwa die Sensibilisierung für den Umgang mit Kinderfotos: Was einmal online ist, lässt sich kaum mehr zurückholen. Schulen und Vereine sollen deshalb den Umgang mit Kinderfotos im Internet fix in ihre Kinderschutzkonzepte aufnehmen – ein wichtiger Schritt, um Bewusstsein zu schaffen und Verantwortung klar zu verankern.

Darüber hinaus richtet der Vorarlberger Landtag klare Forderungen an den Bund und die Europäische Union: mehr Unterstützung für Schülerinnen und Schüler bei Cybermobbing, verpflichtende Fortbildungen für Lehrpersonen im Bereich Social Media, eine stärkere Verankerung von Medienbildung in den Lehrplänen, der Einsatz datenschutzfreundlicher Apps in Schulen sowie eine Ausweitung des Handyverbots bis zur 10. Schulstufe. Auch die frühe Aufklärung im Rahmen des Eltern-Kind-Passes und ein europaweites Schutzalter von 16 Jahren für Social Media sind wesentliche Bausteine einer umfassenden Strategie.

### Warum auch ein generelles Social-Media-Verbot Sinn machen kann

Aus meiner Sicht müssen wir uns zudem offen mit der Frage eines generellen Social-Media-Verbots für Kinder und Jugendliche auseinandersetzen – zumindest altersabhängig und zeitlich begrenzt. Ein solches Verbot wäre kein Ausdruck von Bevormundung, sondern von Fürsorge. Kinder brauchen geschützte Räume, um sich zu entwickeln, Beziehungen im realen Leben aufzubauen und Selbstvertrauen zu gewinnen – ohne permanentem Vergleichsdruck, algorithmisch verstärkten Schönheitsidealen oder der ständigen Angst, etwas zu verpassen. Ein zeitlich begrenztes oder altersabhängiges Verbot kann helfen, Entwicklungsphasen zu entlasten, Konzentration und psychische Gesundheit zu stärken und Eltern wie Schulen klare Orientierung zu geben. Entscheidend ist dabei, dass ein Verbot immer von Aufklärung und Kompetenzvermittlung begleitet wird. Denn Ziel ist nicht Abschottung, sondern Befähigung: Junge Menschen sollen lernen, soziale Medien verantwortungsvoll zu nutzen – aber erst dann, wenn sie dafür ausreichend vorbereitet sind.

Australien geht in diesem Bereich schon voran und hat ein allgemeines Social-Media-Verbot für alle unter-16-Jährigen erlassen. Ich spreche mich dafür aus, das auch in Österreich so zu regeln! Die Europäische Union soll die Umsetzung dieses Schritts ebenfalls prüfen und den Austausch mit Australien in diesem Bereich suchen.

### Verantwortung übernehmen – gemeinsam

Die digitale Welt bietet enorme Chancen. Doch sie verlangt auch klare Regeln. Als Politik tragen wir Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Kinder und Jugendliche schützen und Eltern wie Pädagoginnen und Pädagogen unterstützen. Der Vorarlberger Landtag hat dafür einen wichtigen Schritt gesetzt. Jetzt gilt es, diesen Weg konsequent weiterzugehen – mit Mut zu klaren Entscheidungen und mit dem gemeinsamen Ziel, unseren Kindern eine sichere und gesunde digitale Zukunft zu ermöglichen.

**LAbg Veronika Marte, BEd**  
**Klubobfrau der Vorarlberger Volkspartei und Obfrau des ÖAAB Vorarlberg**



## Barbara Röser: „Wir stehen hinter dem Modell Sonderschule!“

Die ÖAAB-Lehrer Vorarlberg sprechen sich klar für den Erhalt und die Stärkung der Sonderschulen aus. „Aus pädagogischer und entwicklungspsychologischer Sicht machen Sonderschulen absolut Sinn“, betont Landesobfrau Barbara Röser. „Kinder mit besonderem Förderbedarf brauchen ein Umfeld, das individuell auf ihre Fähigkeiten, ihr Lerntempo und ihre Bedürfnisse eingeht.“

Die ÖAAB-Lehrer stellen klar: Inklusion ist ein wichtiges Ziel – aber nicht überall und unter allen Umständen realistisch umsetzbar. „Dort, wo Inklusion gelingt und die Rahmenbedingungen stimmen, ist sie zweifellos bereichernd – für alle Beteiligten. Aber ohne ausreichend geschultes Personal, ohne spezialisierte Unterstützung und ohne entsprechende räumliche Ausstattung führt sie in der Praxis häufig zu Überforderung – sowohl für das Lehrpersonal als auch für die betroffenen Kinder“, so Röser.

Der aktuelle Lehrkräftemangel verschärft diese Situation zusätzlich. „Schon heute kämpfen viele Schulen damit, überhaupt genügend pädagogisch qualifiziertes Personal zu finden. Inklusive Beschulung erfordert jedoch zusätzliche Fachkräfte, multiprofessionelle Teams und Zeitressourcen – das alles steht derzeit schlicht nicht flächendeckend zur Verfügung“, warnt Röser.

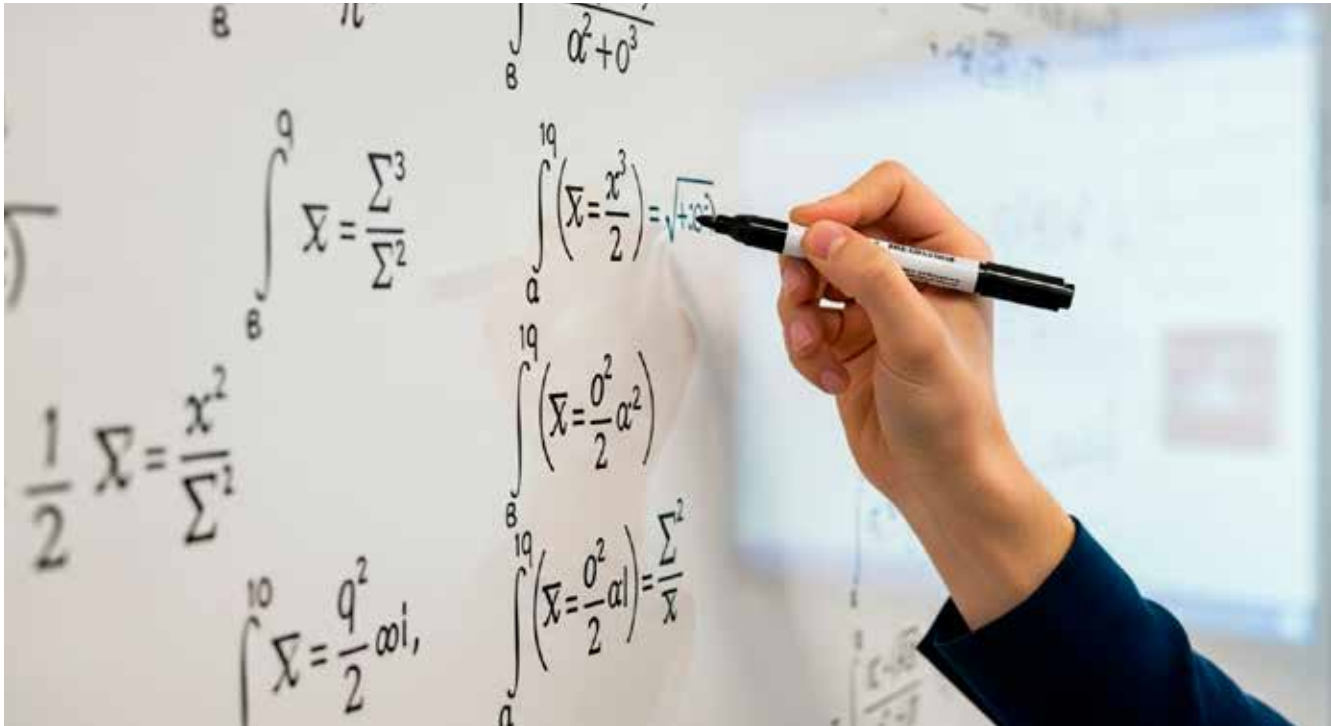
Sonderschulen seien daher kein Relikt der Vergangenheit, sondern ein zeitgemäßes und notwendiges Angebot. „Hier arbeiten engagierte Pädagoginnen und Pädagogen, die auf die speziellen Bedürfnisse der Kinder eingehen können – in einem Umfeld, das gezielte Förderung, Stabilität und Sicherheit ermöglicht. Das ist entscheidend für die persönliche und soziale Entwicklung der Kinder.“

Die ÖAAB-Lehrer fordern deshalb, dass die bestehenden Strukturen nicht infrage gestellt, sondern gestärkt werden. „Unser Ziel muss sein, jedes Kind bestmöglich zu fördern – und zwar dort, wo es die besten Bedingungen dafür gibt“, betont Röser abschließend.

(Im Herbst 2025 haben die Länder Salzburg und Oberösterreich angekündigt, die erfolgreiche Schulform der Sonderschulen weiter auszubauen. Eltern und Lehrer begrüßen diesen Schritt. Am 20. November 2025 kritisierte Bildungsminister Christoph Wiederkehr (NEOS), dass in einigen Bundesländern wieder vermehrt in Sonderschulen investiert wird. Er sehe den Bau von neuen Sonderschulen "als problematisch und als Bruch mit den Werten von UN-Konventionen, denen wir verpflichtet sind", sagte Wiederkehr im Rahmen einer Fragestunde im Nationalrat. Aufgrund der Kompetenzverteilung hätte der Bund aber keine Möglichkeit, in die Schulstruktur der Bundesländer einzugreifen.)

**Barbara Röser, BEd, Jg 1975, ist seit 2020/21 Schulleiterin der Volksschule Dornbirn-Fischbach, seit April 2025 Stadträtin in Dornbirn für die Ressorts Soziales und Pflege, Ehrenamt, Sport und Sportstätten und seit 26. Juni 2025 Obfrau der Lehrerinnen und Lehrer im ÖAAB Vorarlberg als Nachfolgerin von KO LABg Veronika Marte, BEd. Sie ist schon seit einiger Zeit bei den ÖAAB-Lehrern und als Personalvertreterin von deinepv/CLV engagiert. Privat wohnt sie in Dornbirn und hat zwei erwachsene Töchter.**





## Mut zur Lücke oder Mut zum Denken?

### Warum unser Mathematikunterricht eine Veränderung braucht

Mathematik ist die Schule des Denkens. So zumindest lautet das hehre Ideal, das wir Lehrkräfte gerne vor uns hertragen, wenn wir Eltern oder Schülern den Wert unseres Faches erklären. Mathematik soll logisches Schließen lehren, Abstraktionsfähigkeit fördern und – vielleicht am wichtigsten – Problemlösekompetenz vermitteln. Es geht um den Unterschied zwischen dem sturen Abarbeiten eines Kochrezepts und der Fähigkeit, ein schmackhaftes Essen zu zaubern, wenn eine wichtige Zutat fehlt. Wer nur Rezepte auswendig lernt, ist hilflos, wenn der Supermarkt geschlossen ist. Wer aber das Prinzip des Kochens – wie Säure, Hitze und Gewürze zusammenspielen – verstanden hat, der öffnet den Kühlschrank, sieht, was da ist, und improvisiert eine Lösung.

#### Das Korsett der Kompetenzorientierung

Seit der Einführung der Standardisierten Reifeprüfung (SRP) hat sich die Landschaft des Mathematikunterrichts in Österreich dramatisch gewandelt. Die Intention war gut: Vergleichbarkeit, Objektivität, das Sichern von Mindeststandards. Was wir heute erleben, ist eine schleichende Verengung des Faches auf das, was zentral abprüfbar ist.

Der Unterricht wird zunehmend von den Typ-1-Aufgaben dominiert. Diese Aufgaben sind so konzipiert, dass sie atomisiertes Wissen abfragen. Kann der Schüler die erste Ableitung an der Stelle  $x$  interpretieren? Kann er die Wahrscheinlichkeit einer Binomialverteilung in den Taschenrechner tippen? Das sind wichtige Handwerkszeuge, keine Frage. Aber sie sind nicht der Kern der Mathematik. Sie sind die Vokabeln, nicht der Roman.

Durch den Druck, dass jeder Schüler diese Hürden nehmen muss, verkommt der Unterricht oft zum „Teaching to the test“. Wir bringen unseren Schülern bei, Signalwörter in Texten zu scannen („momentane Änderungsrate“ bedeutet Differenzialquotient), um dann ein gelerntes Schema, ein „Kochrezept“, abzuarbeiten. Das ist kein Problemlösen. Das ist Dressur.

#### Problemlösen als Kernkompetenz der Zukunft

Dabei war die Fähigkeit, echte Probleme zu lösen, noch nie so wichtig wie heute. Wir leben in einer Zeit, in der Algorithmen und KI routinemäßige Rechenaufgaben in Millisekunden erledigen. Niemand wird in zehn Jahren dafür bezahlt werden, dass er eine Routineaufgabe händisch durchführen kann. Der Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und die Gesellschaft brauchen junge Menschen, die komplexe Zusammenhänge durchdringen, die sich von einer unbekannten Fragestellung nicht entmutigen lassen und die kreative Lösungswege finden.

Problemlösen bedeutet, dass man am Anfang nicht weiß, wie der Weg zum Ziel aussieht. Es erfordert Frustrationstoleranz, das Verknüpfen verschiedener Wissensgebiete und die Freiheit, auch mal einen falschen Weg einzuschlagen. Genau diese Freiheit fehlt uns heute im System. Ein offener, problemorientierter Unterricht braucht Zeit. Er braucht Phasen, in denen Schüler tüfteln, scheitern und diskutieren dürfen.

### Die Fesseln der Bürokratie

Hier liegt das politische Kernproblem: Wir haben den Lehrern diese Zeit genommen. Die Dichte des Lehrplans, gepaart mit der permanenten Angst vor der Zentralmatura, führt dazu, dass wir den „sicheren“ Weg wählen. Wir üben Standardaufgaben, weil wir wissen, dass genau diese Formate kommen. Wir vermeiden das offene Experiment, weil es „nicht prüfungsrelevant“ erscheint.

Das ist eine bedenkliche Entwicklung. Wir riskieren eine Generation heranzuziehen, die zwar bravourös Multiple-Choice-Kreuze setzen kann, aber hilflos ist, wenn ein Problem nicht in das vorgefertigte Raster passt. Wir stehen für Leistung und Qualität. Aber Qualität misst sich nicht an der Anzahl korrekt abgearbeiteter „Items“ in einem standardisierten Testheft. Qualität zeigt sich dort, wo ein Schüler einen eigenständigen Gedanken fasst.

### Mehr Vertrauen, weniger Zentralismus

Was wir brauchen, ist eine Rückbesinnung auf die pädagogische Autonomie. Zentrale Standards sind als Orientierung sinnvoll, aber sie dürfen nicht zum alleinigen Diktator des Unterrichtsgeschehens werden. Wir müssen den Mut haben, den Fokus wieder weg vom „Abhaken“ von Kompetenzlisten hin zum wirklichen Verstehen zu lenken.

Das bedeutet konkret:

Erstens müssen die Prüfungsformate überdacht werden. Wir brauchen Aufgaben, die nicht nur kleinteiliges Wissen abfragen, sondern vernetztes Denken belohnen – auch bei der Matura.

Zweitens müssen wir den Lehrkräften den Rücken stärken, wenn sie vom strikten Weg der Testvorbereitung abweichen, um echte Mathematik zu betreiben. Ein Projekt, das eine Woche dauert und bei dem Schüler die Mathematik hinter einer Versicherungsprämie oder eines grundlegenden Satzes wirklich durchdringen, ist mehr wert als hundert stur gerechnete Übungszettel.

Drittens müssen wir dem Misstrauen entgegenzutreten, das der Zentralmatura innewohnt. Die Idee, dass nur eine zentrale Instanz weiß, was „gute“ Leistung ist, entmündigt die Experten vor Ort: die Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen eine Abkehr vom totalen Zentralismus hin zu einer Reifeprüfung, die Raum für einen schulautonomen Teil lässt und damit die pädagogische Freiheit der Standorte ernst nimmt.

Mathematik ist zu wichtig, um sie auf das Ausfüllen von Lückentexten zu reduzieren. Wenn wir wollen, dass unsere Kinder die Probleme von morgen lösen, müssen wir sie heute im Unterricht damit konfrontieren dürfen. Es ist Zeit für eine Renaissance des Problemlösens. Es ist Zeit für wieder mehr „Schule“ und weniger „Testzentrum“.

*András Batkai, Jg 1972, ist Professor für Mathematik an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg. Er studierte in Budapest, promovierte in Tübingen als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung und habilitierte sich in Budapest mit einer Arbeit über „Operator matrices applied to evolution equations“. Er ist seit 2016 an der PH Vorarlberg tätig als Hochschulprofessor für Mathematik. Seit 2023 arbeitet er bei den ÖAAB-Lehrern Vorarlbergs mit. Er ist mit Mag. Brigitta Békési verheiratet, gemeinsam haben sie zwei Kinder.*



## FRÜHWARNSYSTEM - FRÜHINFORMATIONSSYSTEM

### § 19 SchUG – von Petra Voit

(3) Wenn die Leistungen einer Schülerin oder eines Schülers allgemein oder in einzelnen Unterrichtsgegenständen in besonderer Weise nachlassen, hat die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer bzw. die Klassenvorständin oder der Klassenvorstand oder die Lehrerin oder der Lehrer des betreffenden Unterrichtsgegenstandes mit den Erziehungsberechtigten Verbindung aufzunehmen.

(3a) Wenn die Leistungen der Schülerin oder des Schülers auf Grund der bisher erbrachten Leistungen in einem Pflichtgegenstand zum Ende des Semesters mit „Nicht genügend“ zu beurteilen wäre, ist dies den Erziehungsberechtigten unverzüglich mitzuteilen und der Schülerin oder dem Schüler sowie den Erziehungsberechtigten von der Klassenlehrerin bzw. vom Klassenlehrer oder der Klassenvorständin bzw. dem Klassenvorstand oder von der unterrichtenden Lehrerin bzw. vom unterrichtenden Lehrer Gelegenheit zu einem beratenden Gespräch zu geben (Frühwarnsystem). Dabei sind insbesondere Fördermaßnahmen zur Vermeidung dieser negativen Beurteilung (zB Analyse der Lerndefizite unter Einbeziehung der individuellen Lern- und Leistungsstärken, Fördermöglichkeiten, Förderunterrichtsangebote, Leistungsnachweise) zu erarbeiten und zu vereinbaren. Dies gilt auch für Klassen der Volks- und Sonderschule, hinsichtlich derer anstelle der Beurteilung gemäß §§ 18 und 20 eine Information über die Lern- und Entwicklungssituation gemäß § 18a tritt, wenn aufgrund der bisher erbrachten Leistungen einer Schülerin oder eines Schülers die nach Maßgabe des Lehrplanes gestellten Anforderungen in der Erfassung und in der Anwendung des Lehrstoffes sowie in der Durchführung der Aufgaben in den wesentlichen Bereichen nicht einmal überwiegend erfüllt würden.

(4) Wenn das Verhalten einer Schülerin oder eines Schülers auffällig ist, wenn die Schülerin oder der Schüler seine Pflichten gemäß § 43 Abs. 1 in schwerwiegender Weise nicht erfüllt oder wenn es die Erziehungssituation sonst erfordert, ist dies den Erziehungsberechtigten unverzüglich mitzuteilen und der Schülerin oder dem Schüler sowie den Erziehungsberechtigten von der Klassenlehrerin bzw. dem Klassenlehrer oder von der Klassenvorständin bzw. vom Klassenvorstand oder von der unterrichtenden Lehrerin bzw. vom unterrichtenden Lehrer im Sinne des § 48 Gelegenheit zu einem beratenden Gespräch zu geben (Frühinformationssystem). Dabei sind insbesondere Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Verhaltenssituation (zB individuelles Förderkonzept, Ursachenklärung und Hilfestellung durch die Schulpsychologie-Bildungsberatung und den schulärztlichen Dienst) zu erarbeiten und zu beraten.

(5) An Schularten mit leistungsdifferenzierten Pflichtgegenständen ist den Erziehungsberechtigten die Zuordnung zu einem anderen Leistungsniveau während des Unterrichtsjahres innerhalb von einer Woche mitzuteilen.

#### ***Nicht vergessen!***

- Führen von Gesprächsprotokollen (möglichst mit Unterschrift der Erziehungsberechtigten und der Lehrperson)***
- Aufheben / Kopieren / Sammeln von Unterlagen (Mitteilungen, Tests, Gesprächsprotokolle, Förderpläne, ect.)***

***Rückfragen: Petra Voit, Personalvertretung für Pflichtschullehrerinnen und -lehrer,  
0670/6595043, [petra.voit@bildung-vbg.gv.at](mailto:petra.voit@bildung-vbg.gv.at)***



## Aufsichtspflicht – schulrechtliche Bestimmungen

### Aufsichtsverletzung

§ 51 Abs. 3 SchUG: Der Lehrer hat nach der jeweiligen Dienstenteilung die Schüler in der Schule auch 15 Minuten vor Beginn des Unterrichtes, in den Unterrichtspausen – ausgenommen die zwischen dem Vormittags- und dem Nachmittagsunterricht liegende Zeit – und unmittelbar nach Beendigung des Unterrichtes beim Verlassen der Schule sowie bei allen Schulveranstaltungen und schulbezogenen Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Schulhauses zu beaufsichtigen, soweit dies nach dem Alter und der geistigen Reife der Schüler erforderlich ist. Hierbei hat er insbesondere auf die körperliche Sicherheit und auf die Gesundheit der Schüler zu achten und Gefahren nach Kräften abzuwehren.

Dies gilt sinngemäß für den Betreuungsteil an ganztägigen Schulformen, wobei an die Stelle des Unterrichtes der Betreuungsteil tritt.

§ 5 Abs. 1 Schulordnung: Die Beaufsichtigung der Schüler ab der 7. Schulstufe darf entfallen, wenn dies im Hinblick auf die Gestaltung des Unterrichtes, von Schulveranstaltungen (§ 13 SchUG) zweckmäßig und weiters im Hinblick auf die körperliche und geistige Reife der Schüler entbehrlich ist. Die Beaufsichtigung der Schüler ab der 9. Schulstufe darf entfallen, wenn sie im Hinblick auf die körperliche und geistige Reife entbehrlich ist.

Der zeitliche Geltungsbereich umfasst demnach (Auszug aus dem Aufsichtserlass 2005):

- die 15 Minuten vor Beginn des Unterrichtes,
- die Zeit des Unterrichtes
- sämtliche Pausen mit Ausnahme der „Mittagspause“, das ist die Zeit zwischen dem Vormittags- und dem Nachmittagsunterricht,
- den Zeitraum während des Verlassens der Schule unmittelbar nach Beendigung des Unterrichtes,
- bei Schulen mit Tagesbetreuung (ganztägige Schulformen) zusätzlich die Zeit der Tagesbetreuung (Betreuungsteil), also die gegenstandsbezogene und die individuelle Lernzeit und die Freizeit (einschließlich der Zeit für die Verabreichung der Verpflegung in der Mittagspause),
- den Zeitraum einer Schulveranstaltung
- den Zeitraum einer schulbezogenen Veranstaltung
- den Zeitraum einer Berufs (bildungs) orientierung

Beginnt für einzelne Klassen oder Schülergruppen ein Unterricht zu einem anderen Zeitpunkt als der für die übrigen Schüler, so ist in der vom Schulleiter gemäß § 56 Abs. 4 SchUG zu erstellenden Dienstenteilung die erforderliche Vorsorge für die Beaufsichtigung auch dieser Schüler zu treffen.

### **Sonderkonstellationen:**

Finden Unterrichtsstunden, Schulveranstaltungen oder schulbezogene Veranstaltungen anschließend an einen in der Schule stattfindenden Unterricht an einem anderen Ort als in der Schule (also disloziert) statt, so sind die Schüler unter Aufsicht an diesen Ort und zurück zur Schule zu führen. Falls es zweckmäßig ist, können Schüler ab der 7. Schulstufe, sofern es ihre körperliche und geistige Reife zulässt, auch ohne Aufsicht an den betreffenden Ort und allenfalls zur Schule zurückgeschickt werden.

Findet ein solcher Unterricht, eine Schulveranstaltung oder schulbezogene Veranstaltung in der letzten Unterrichtsstunde statt, so können alle oder einzelne Schüler ab der 7. Schulstufe unmittelbar vom Ort dieses Unterrichtes, der Schulveranstaltung oder schulbezogenen Veranstaltung entlassen werden, sofern dies zweckmäßig und unbedenklich erscheint (so z.B. wenn der Unterricht, die Schulveranstaltung oder schulbezogene Veranstaltung in der Nähe der Wohnung des Schülers stattfindet, der Rückweg in die Schule einen Umweg bedeuten würde, der Schüler mit der Umgebung gut vertraut ist und damit kein zusätzliches Sicherheitsrisiko für den Schüler entsteht).

Findet der Unterricht, eine Schulveranstaltung oder schulbezogene Veranstaltung in der ersten Unterrichtsstunde (Vormittags- oder Nachmittagsunterricht) an einem anderen Ort als in der Schule statt, so kann, wenn dies zweckmäßig und für die Erziehungsberechtigten zumutbar erscheint, ein anderer Treffpunkt als der Schulstandort bestimmt werden. Hievon sind die Erziehungsberechtigten rechtzeitig zu verständigen.

### **Persönlicher Geltungsbereich**

§ 44a SchUG: Die Beaufsichtigung von Schülern in der Schule, bei Schulveranstaltungen, schulbezogenen Veranstaltungen oder im Rahmen der individuellen Berufs- (bildungs)orientierung kann auch durch andere geeignete Personen als durch Lehrer, Erzieher, oder Freizeitpädagogen erfolgen, wenn dies

- zur Gewährleistung der Sicherheit für die Schüler erforderlich ist oder
- für die Erfüllung der Aufgaben der Schule oder im Hinblick auf organisatorische Anforderungen zweckmäßig ist und die Sicherheit für die Schüler gewährleistet ist.



*Bei Rückfragen: Petra Voit, Personalvertretung für  
Pflichtschullehrerinnen und -lehrer, 0670/6595043,  
petra.voit@bildung-vbg.gv.at*



Foto: Stephan Obwegeser und Barbara Röser, Team ÖAAB Lehrer Vorarlberg

## Bildung braucht Tiefe – nicht Vereinfachung ÖAAB-Lehrer Vorarlberg warnen vor Aushöhlung des AHS-Modells

Die Diskussion über neue Bildungspläne des Bundes sorgt auch in Vorarlberg für zunehmende Unruhe unter Lehrerinnen und Lehrern. Die ÖAAB-Lehrer Vorarlberg sehen in den von Bildungsminister Christoph Wiederkehr angekündigten Reformansätzen eine schleichende Aushöhlung bewährter Strukturen im AHS-Bereich – und sprechen sich klar gegen eine Reduktion zentraler Bildungsinhalte aus. Im Mittelpunkt der Kritik stehen insbesondere Überlegungen, den Lateinunterricht deutlich zurückzufahren sowie naturwissenschaftliche Fächer wie Biologie, Chemie und Physik in einem Sammelfach zusammenzuführen. Für die ÖAAB-Lehrer ist das kein zukunftsweisender Reformschritt, sondern eine problematische Vereinfachung auf Kosten der Bildungsqualität.

„Allgemeinbildung lebt von Tiefe, Systematik und fachlicher Klarheit“, betont ÖAAB-Lehrer-Obfrau Barbara Röser. Gerade Fächer wie Latein würden weit mehr leisten als reine Sprachvermittlung: Sie fördern strukturiertes Denken, Sprachverständnis und bilden eine wichtige Grundlage für zahlreiche Studienrichtungen – von Medizin über Jus bis hin zu den Geisteswissenschaften. Eine Schwächung dieses Bereichs sende aus Sicht der Lehrervertretung ein falsches Signal.

Auch die geplante Zusammenlegung der naturwissenschaftlichen Fächer stößt auf deutliche Ablehnung. „Naturwissenschaften funktionieren nicht als Sammelbecken“, warnt Obfrau-Stellvertreter Stephan Obwegeser. Jedes dieser Fächer habe eigene Methoden, Denkweisen und Zugänge, die für das Verständnis zentral seien. Eine Bündelung drohe fachliche Tiefe zu verlieren und langfristig das Interesse der Schülerinnen und Schüler zu schwächen – gerade in einer Zeit, in der MINT-Kompetenzen besonders gefragt sind.

Grundsätzlich stellen die ÖAAB-Lehrer klar, dass sie Reformbedarf im Bildungssystem nicht in Abrede stellen. Digitalisierung, der sinnvolle Einsatz künstlicher Intelligenz sowie neue didaktische Zugänge müssten selbstverständlich Teil einer zeitgemäßen Schulentwicklung sein. Entscheidend sei jedoch, dass diese Neuerungen in bestehende Fächer integriert werden – und nicht durch deren Abbau erkaufte werden. Hinter den aktuellen Reformideen vermuten viele Pädagoginnen und Pädagogen vor allem organisatorische und budgetäre Motive. Lehrkräftemangel und Sparzwänge dürften nicht zum Maßstab für inhaltliche Bildungsentscheidungen werden, so die Kritik. „Bildungspolitik darf nicht kurzfristig rechnen, sondern muss langfristig denken“, heißt es aus der Lehrervertretung.

Die ÖAAB-Lehrer Vorarlberg fordern daher einen offenen Dialog mit der Praxis und eine stärkere Einbindung der Lehrpersonen in Reformprozesse. Ziel müsse ein Bildungssystem sein, das sowohl modern als auch fundiert ist – und jungen Menschen jene Breite und Tiefe vermittelt, die sie für Studium, Beruf und gesellschaftliche Teilhabe brauchen.



# Sonderkonditionen für MitarbeiterInnen des Land Vorarlberg - LehrerInnen

Merkur Krankenversicherung  
Weil ich das Wunder Mensch bin.

**merkur**   
VERSICHERUNG



### Freie Wahl des Krankenhauses

Sie können für stationäre Behandlungen Ihr Krankenhaus oder Ihre Privatklinik frei wählen.



### Ambulante Arztkosten

Die Merkur übernimmt Ihre Arzt- und Facharztkosten wahlweise sowohl für Schul- als auch Ganzheitsmedizin.



### Früherkennung

Die Hightech Früherkennung ist ein nicht-invasiver Organ-Check, um Erkrankungen im Frühstadium zu diagnostizieren.



### Gesundheitsvorsorge

Proaktive Gesundheitsvorsorge in Top-Hotels mit den Vorsorgeprogrammen ego4you und time4me

Das Wunder Ihres Lebens gesund genießen

## Krankenversicherung

- Top-Prämienkonditionen durch einen Gruppen-Rabatt für Sie und Ihre Familie
- Freie Wahl des Krankenhauses oder der Privatklinik
- Freie Arztwahl
- Möglichkeit der Prämienreduktion von bis zu 50% ab dem 65. Lebensjahr
- Top-Ergänzung zur staatlichen Gesundheitsvorsorge

Für Ihre individuelle Beratung wenden Sie sich bitte an:

Thomas Oberhuber, 0664 88 85 4307, [thomas.oberhuber@merkur.at](mailto:thomas.oberhuber@merkur.at)